

Augsburg, 16.12.2010

Stadtrat verabschiedet einstimmig Resolution zu Gunsten der Flüchtlinge

Die Regierung von Schwaben muss in die Strümpfe kommen, der Stadtrat muss um das Leverkusener Modell kämpfen und die Opposition einen Antrag stellen

Erneut wurde im Augsburger Stadtrat eine Resolution zu Gunsten der Flüchtlinge verabschiedet. Auf seiner Sitzung am 16. Dezember billigte der Stadtrat einstimmig den Resolutionsentwurf, den der Vorstand des Integrationsbeirates vorlegte. Wir haben den Resolutionsentwurf bereits am 14. Dezember kommentiert¹ und veröffentlicht ihn hier noch mal (s. *Anhang*). Damit haben schon zum zweiten Mal in diesem Jahr sämtliche Rathausfraktionen und -Gruppen die Forderungen der Flüchtlinge und der Flüchtlingsbewegung aufgegriffen und über alle Parteigrenzen hinweg einmütig unterstützt. Dies ist ein beachtlicher Vorgang in einer bayerischen Großstadt.

Umso schäbiger ist es, wenn der Inhalt der neuen Resolution von den Medien am Ort weitgehend verschwiegen wird, ja es wird sogar verschwiegen, dass es überhaupt eine neue Resolution gab. Und das, obwohl die Augsburger Allgemeine zum Beispiel einen eigenen Bericht zum Thema Flüchtlinge auf der Stadtratssitzung veröffentlichte². In diesem Artikel ist nur von einem Bericht des städtischen Integrationsbeauftragten Robert Vogl auf der Ratssitzung die Rede, aber nicht von einer Resolution. Der Tenor der Berichterstattung ist etwa so, dass es zwar „menschenunwürdige Zustände“ in den Flüchtlingsunterkünften gebe (Robert Vogl), vor allem in der Calmbergstraße, dass man aber zur Unterbringung dort leider „keine Alternative“ habe (Bernd Kränzle, CSU).

Damit wird inhaltlich nur auf Punkt 1 der neuen Resolution des Stadtrats eingegangen, die weiteren Punkte der Resolution werden inhaltlich gar nicht erwähnt. Damit flankiert die Augsburger Allgemeine im Grunde die CSU-Linie, menschenunwürdige Zustände in den Lagern zuzugeben, wenn sie bereits

öffentlich zum Skandal geworden sind. An alles andere will man auf keinen Fall rühren. Das betrifft zum Beispiel Punkt 2 der Resolution, in dem Geldzahlungen für den Einkauf von Lebensmitteln gefordert wird und das strikte Sachleistungsprinzip der bayerischen Staatsregierung als Verstoß gegen die Menschenwürde und damit als verfassungswidrig bezeichnet wird. Dies betrifft auch Punkt 3 der Resolution, in dem die Erhöhung der Leistungssätze für die Flüchtlinge gefordert wird. (*siehe Anhang*)

Der Plan ist durchsichtig. Die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Calmbergstraße erklärt man aufgrund des anhaltenden Zustroms neuer Flüchtlinge bis auf weiteres für unmöglich. Über die anderen Fragen wie zum Beispiel die entwürdigenden und schikanösen Lebensmittelpakete oder auch die Höhe der Leistungssätze redet man nicht. So jedenfalls die Augsburger Allgemeine, die das Meinungsmonopol in der Stadt beansprucht, aber Gott sei Dank nicht hat.

Wen flankiert die Augsburger Allgemeine mit dieser Linie? Führende Leute der CSU wie zum Beispiel den Referenten Weinkamm oder die Stadträte Hintersberger und Kränzle, die gleichzeitig Landtagsabgeordnete sind und Frau Haderthauers Kurs zu stützen haben. So hat es bereits auf der Stadtratssitzung am 25. November eine Debatte gegeben auf Anfrage von Ulrike Bahr (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD), die angesichts der Lebensmittelpaket-Boycotts und des Hungerstreiks in der Flakkaserne einen Bericht verlangte. Nach unseren Informationen machte der zuständige Sozialreferent (CSU) deutlich, dass er nicht zuständig sei und deswegen nichts tun könne. Er habe sich die Situation auch vor Ort angesehen

und könne an den Lebensmittelpaketen eigentlich nichts Negatives finden. MdL Hintersberger (CSU) soll gesagt haben, die Ablehnung der Essenspakete könne er nicht nachvollziehen, da die Flüchtlinge sehr wohl Lebensmittel auswählen könnten und die Ausgabe gut organisiert sei. Er wandte sich gegen die Streikaktion der Flüchtlinge wegen der Lebensmittelpakete. Die in der Resolution geforderte Schließung der Calmbergstraße bezeichnete er als einen „frommen Wunsch“, der angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen derzeit nicht realistisch sei. Er nannte auf es als ein Unding, neben der Flakkaserne auch noch die Unterkunft in der Calmbergstraße schließen zu wollen.

Die Stadträtinnen Ulrike Bahr, Benjamin Clamroth und Reiner Erben kritisierten auf der Sitzung am 25. November die Zustände in den Flüchtlingsunterkünften und forderten die Stadtregierung auf, mitzuwirken bei der Suche nach Wohnraum.

Die geschilderte notorische Politik auch führender Augsburger CSU-Vertreter macht es umso bemerkenswerter, dass die Resolution auf der Sitzung des Stadtrats am 16. Dezember einstimmig (!) angenommen wurde. D.h. nichts anderes, als dass die mutigen Aktionen und Kampfmaßnahmen der Flüchtlinge selber zu mehr Augenmerk auf die unhaltbare Lage der Asylbewerber in Bayern und zu einer Verschiebung der öffentlichen Meinung geführt haben, der sich auch die CSU-Fraktion im Augsburger Stadtrat nicht mehr entziehen kann.

Das ist sehr erfreulich und von solchem Gewicht, dass es deswegen sogar Debatten und Abstimmungen im bayerischen Landtag gab³. Sehr wichtig in diesem Zusammenhang ist es jetzt, darauf zu bestehen, dass die Stadtregierung bei der Suche nach Wohnraum für die Flüchtlinge mitwirkt, wie es die Stadträtinnen von SPD, Grünen und Linken im Plenum verlangten. In diese Richtung gehen auch zwei Schreiben der SPD-Landtagsabgeordneten Linus Förster und Harald Güller sowie der Augsburger SPD-Vorsitzenden Ulrike Bahr an den Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, Kurt Gribl [1] und den Regierungspräsidenten von Schwaben, Karl Michael Scheufele [2]. Wir veröffentlichen hier beide Schreiben vom 14.12.2010, weil sie von den örtlichen Medien – soweit wir wissen – ebenfalls

ignoriert wurden.

In ihrem Schreiben an den Regierungspräsidenten Scheufele stellt die SPD fest, dass die Staatsregierung ihre eigenen Leitlinien zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber bricht. Danach stehen seit einem Landtagsbeschluss vom 14.7.2010 jedem Asylbewerber 7 m² Wohnraum zu – also etwa doppelt so viel Fläche, wie die Asylbewerber zur Zeit in verschiedenen Unterkünften in Augsburg haben. Wörtlich heißt es in dem Schreiben der SPD:

„Der Bayerische Landtag hat in seiner Sitzung vom 14.07.2010 Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Bayerischen Asyl- und Asylsozialpolitik beschlossen. Diese soll dadurch zukunftsorientierter und familiengerechter gestaltet werden. Die Stadt Augsburg hat es unserer Ansicht nach bisher versäumt, entsprechende Unterkünfte zu benennen, die diesen Leitlinien entsprechen. Auch würde es in Augsburg sicher eine Reihe geeigneter Wohnungen für eine Einzelunterbringung von hierzu berechtigten Asylbewerbern geben. Diese Versäumnisse wurden auch bei der Beratung der Petition im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags deutlich, in der ein stärkeres Engagement der Stadt Augsburg bei der Suche nach geeigneten Unterkünften angemahnt wurde. Vor diesem Hintergrund fordern wir Sie, sehr geehrter Herr Regierungspräsident Scheufele, auf, die Stadt Augsburg bei der Suche nach geeigneten Immobilien zu unterstützen und dann die nötigen Gelder für den Neuerwerb und den Umbau von geeigneten Unterkünften bereitzustellen.“

Vom Oberbürgermeister der Stadt Augsburg verlangt die SPD:

„... fordern wir Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Gribl, auf, dass sich die Stadtverwaltung endlich aktiv darum bemüht, geeignete Immobilien zu benennen, die sich für eine zentrale, aber auch ggf. dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen eignen. Dabei muss dem individuellen Schutzbedürfnis der Asylbewerber Rech-

nung getragen werden.“

Die SPD hat völlig recht, man muss jetzt den Oberbürgermeister, der ja die Stadtverwaltung repräsentiert, und das Regierungspräsidium in die Pflicht nehmen und konkrete Taten verlangen. Allerdings muss man das auch von der SPD verlangen. Soweit wir es überblicken, hat die Augsburger Rathaus-SPD bisher nicht einmal eine Presseerklärung [3] zum Thema Flüchtlinge zu

Stand gebracht – im Gegensatz zur Linken und zu den Grünen. Die SPD-Fraktion kann auch keinen Antrag [4] zu diesem Thema vorweisen. Briefe und Erklärungen reichen jetzt unseres Erachtens nicht mehr. Es liegen zwei einstimmig beschlossene Resolutionen aus dem Stadtrat vor und die Stadt muss jetzt in Zusammenarbeit mit der Regierung von Schwaben das in ihrer Macht stehende tun. Wenn der Stadt et-



Demonstration der bayerischen Flüchtlingsbewegung vor dem Sozialministerium in München am 21.12.2010. Auch eine starke Abordnung von 40 Flüchtlingen aus Augsburg war vertreten. Bild links unten: nach Samuel aus dem Lager Flakkaserne spricht Umaru aus dem Lager Calmbergstraße. Foto oben: GEW Hochschulgruppe Augsburg, Fotos unten: FIA Flüchtlingsinitiative Augsburg

was *wichtig* ist, wie zum Beispiel der Ausbau von Kreuzungen, ein oder zwei Stadien oder auch ein Innovationspark für die Rüstungsindustrie – kann die Stadt in atemberaubendem Tempo handeln und viele Millionen lockermachen, zum Teil ohne Rücksicht auf nachfolgende Haushaltsjahre. Wie gesagt, wenn der Stadt, bzw. den tonangebenden politischen Kräften der Stadt, etwas wichtig ist...

Was liegt die Asylbewerber betreffend in der Macht der Stadt? Sicher mehr als die Regierungskoalition im Augsburgers Rathaus unter Führung der CSU einräumen will. Immerhin liegt durch den Stadtratsbeschluss vom Juni [5] mit der ersten Augsburgers Resolution die klare Forderung an den Landtag vor:

„Der Stadtrat der Stadt Augsburg fordert die Abgeordneten des Bayerischen Landtags auf, bei den anstehenden Entscheidungen im Sozialausschuss des Landtages die zwangsweise Unterbringung von Asylbewerbern/-innen in Gemeinschaftsunterkünften abzuschaffen und den Weg frei zu machen für die dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen oder in kleinen dezentralen Einheiten.“

Der Stadtrat begründete diese Forderung mit dem so genannten Leverkusener Modell: „Der Sozialausschuss des Landtags informierte sich in Nordrhein-Westfalen über das so genannte ‚L Leverkusener Modell‘, das eine dezentrale Unterbringung in Privatwohnungen vorsieht. Diese Unterbringung ist nicht nur die humanere Lösung, sondern auch deutlich preiswerter. Die Praxiserfahrungen in Leverkusen haben gezeigt, dass bis zur Hälfte der Kosten gespart werden können, wenn Flüchtlinge nicht dazu gezwungen würden, über Jahre hinweg in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen.“

Der Vorschlag, sich am Leverkusener Modell zu orientieren, stammt natürlich von den Grünen, wurde aber im Augsburgers Rathaus von der SPD, der Linken, der CSU und Pro Augsburg, sowie von den Freien Wählern und der FDP umstandslos übernommen. Wir denken, dass darin jetzt auch eine gewisse Verpflichtung des Stadtrats liegt, für das Leverkusener Modell zu kämpfen. Sehen wir uns einmal einen Bericht aus Leverkusen an, erstens weil dieses Modell wirklich interessant ist und zweitens weil – zumindest in Nordrhein-Westfalen – die Kommune offensichtlich einen beträchtlichen Spielraum hat bzw. sich

diesen Spielraum nimmt, dieses Modell einzuführen. Wir zitieren aus einer Broschüre des Flüchtlingsrats Leverkusen⁴: „...Die Kommune hatte darauf verzichtet, trotz des seit Ende der 1970er Jahre ständig steigenden Zuzugs von Flüchtlingen, ein tragfähiges Unterbringungskonzept zu entwickeln. Zudem konnte sich diese Form der Unterbringung auf den politischen Rückhalt der Landesregierung berufen, die Kommunen zu Abschreckungsmaßnahmen aufgerufen hatte...“

Auch wenn das Zeltlager bereits nach einigen Tagen aufgegeben wurde, stellten Wohnwagen, Fabrikhallen, Container und marode Gebäude in den folgenden 10 Jahren die kommunalen Unterbringungsmöglichkeiten dar.

In unzähligen Begehungen der Unterkünfte, Gesprächen und Briefwechseln mit kommunalen Behördenvertretern und in öffentlichen Veranstaltungen machte der Flüchtlingsrat Leverkusen immer wieder auf die Missstände – unzureichende Sanitäreinrichtungen, fehlende Privatsphäre und Gettoisierung – aufmerksam. Erst im Jahr 2000 hatte unser beharrliches bürgerschaftliches Engagement Erfolg. Gemeinsam erstellten Verwaltung, Ausländerbeirat, Caritasverband und Flüchtlingsrat Leverkusen ein tragfähiges, zukunftsorientiertes, humanes und kostenreduzierendes Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen (unabhängig vom Aufenthaltsstatus) in Privatwohnungen, das im Dezember 2001 zu einem – einvernehmlich von allen politischen Parteien – beschlossenen Paradigmenwechsel in der kommunalen Unterbringungspolitik führte. Gegenwärtig leben von den ursprünglich rd. 400 Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthaltstitel noch knapp 140 in den verbliebenen Unterkünften. Die Aufgabe von 4 der ehemals 7 Unterkünfte – die Schließung einer weiteren Unterkunft noch in diesem Jahr geplant – führte nicht nur zu einer deutlichen Reduzierung der Unterbringungskosten, sondern:

- verbesserte die wohnliche Versorgung der Flüchtlinge,
- stärkte Eigenverantwortung und Selbsthilfepotentiale der Flüchtlinge,
- förderte gegenseitige Hilfestellungen (Umzug /Renovierung),
- unterstützte Spracherwerb und Arbeitssuche,
- schaffte ein soziales Umfeld (Nachbarschaft, Schule, Kindergarten) und ermöglichte eine „temporäre“ Integration,
- weckte das gegenseitige Interesse an den jeweiligen kulturellen Hintergründen,
- führte zur Vermeidung sozialer Brennpunkte,

– genießt eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und wirkt präventiv gegen Rassismus und Diskriminierung

– fördert das bürgerschaftliche Engagement (Sprechstunden zur Auszugsberatung, individuelle Begleitung im neuen Wohnumfeld) und die Kooperation aller Akteure in der Gemeinwesenarbeit.

Mit der Einrichtung eines Konzeptbeirates wurde ein Instrument geschaffen, das die einvernehmliche Entwicklung und Fortschreibung der Unterbringung in Privatwohnungen begleitet und konstruktiv Anregungen z.B. die Förderung von sozialem und großem Wohnungsbau in die Entwicklung eines kommunalen Integrationskonzeptes einbringt.“

So weit der Bericht des Flüchtlingsrats Leverkusen.

Man muss die Sache mit den Ersatzunterkünften sehr ernst nehmen und alle Möglichkeiten in Betracht ziehen, denn die Leute müssen aus den Kasernenlagern heraus – und zwar nicht irgendwann, wenn sie vermodert und physisch und psychisch zerstört sind, sondern jetzt!

Laut Robert Vogl, Integrationsbeauftragter der Stadt Augsburg, „müssen Gebäude mindestens Platz für 30 Flüchtlinge bieten, um als Unterkunft akzeptiert zu werden. Die Regierung von Schwaben sei Ansprechpartner für Hauseigentümer. Es gibt aber keine Angebote.“⁵ Dies scheint uns doch ein sehr passiver und obrigkeitshöriger Standpunkt zu sein, zumindest wie er in der Augsburgers Allgemeinen rüber kommt.

Wo steht denn geschrieben, dass in die neuen Unterkünfte wieder mindestens 30 Flüchtlinge gesteckt werden müssen?! Wieso wird das Leverkusener Modell – obwohl vom Augsburgers Stadtrat beschlossen – überhaupt nicht in Betracht gezogen? Wieso wird das Leverkusener Modell quasi schon als illusorisch und unrealisierbar erachtet, bevor sich die Debatte überhaupt entwickelt und eine Evaluierung stattfindet? Warum macht sich der Sozialausschuss des bayerischen Landtags die Mühe und fährt extra nach Nordrhein-Westfalen, um sich das Modell vor Ort anzuschauen und erläutern zu lassen?

Es reicht also nicht, wenn die SPD plakative Briefe schreibt an den OB und den Regierungspräsidenten und sie auffordert, in die Gänge zu kommen. Die Sache ist zu ernst, es kann nicht darum gehen, dass sich irgendeine Par-

tei dabei profiliert, indem sie anderen Instanzen den schwarzen Peter zuschiebt. Man nehme sich ein Beispiel an Leverkusen: beharrliches bürgerschaftliches Engagement, Kooperation von Verwaltung, Ausländerbeirat, Caritasverband und Flüchtlingsrat, Unterstützung durch alle Parteien...

Die SPD als größte der Oppositionsparteien Augsburg muss sich etwas einfallen lassen und sich der Sache wirklich annehmen – an den Grünen und der Linken soll's dann nicht liegen. Die SPD kann das auch mit der regierenden CSU vorberaten und müsste sich bemühen, konkrete, konsensfähige Anträge in dieser Sache im Stadtrat einzubringen. Die Augsburger SPD hat jahrzehntelanger Erfahrung im Zusammenspiel mit der CSU. Wenn Stefan Kiefer dem Haushaltsplan von CSU und Pro Augsburg zustimmen kann, so kann er dafür doch auch etwas verlangen? Eine Partei wie die SPD, die im Landtag eine Wende in der bayerischen Asylpolitik verlangt, braucht sich doch nicht so billig zu verkaufen und müsste diese Wende in der Asylpolitik auch am Ort auf die Tagesordnung setzen.

Klar ist, dass die Regierung von Schwaben bzw. das bayerische Sozialministerium das „Sachleistungsprinzip“ nicht durchhalten können, wenn die Flüchtlinge in Wohnungen und kleineren dezentralen Einheiten untergebracht werden. Frau Haderthauer hat offen eingestanden, dass sie in diesem Fall eine Versorgung mit Lebensmittelpaketen aufgeben müsse.⁶ Auch Frau Schmid-Göllner, die zuständige Sachgebietsleiterin bei der Regierung von Schwaben, scheint sich mehr als verlängerter Arm der Sozialministerin zu verstehen, denn als Verantwortliche für die Flüchtlinge. Bei einem Gespräch in der Calmbergstraße nach der Flüchtlingsdemonstration am 11. November sagte sie, die Regierung sei schon lange in ganz Schwaben auf der Suche nach Ersatzunterkünften. Sie müsse aber größere Einheiten finden, da nach wie vor das Sachleistungsprinzip gelte, und das sei schwierig.⁷

Mit dem so genannten Sachleistungsprinzip soll also verhindert werden, dass humane Wohnmöglichkeiten für die Flüchtlinge gefunden werden und sie sich selbst versorgen können. Es handelt sich dabei um eine durchsichtige, menschenverachtende und abstoßende Strategie aus dem bayerischen Sozialministerium, wo das „Sachleistungsprinzip“

offensichtlich als Keule geschwungen wird – und zwar umso heftiger, je mehr dieses Sachleistungsprinzip durch die Kämpfe der Flüchtlinge politisch und moralisch zerrieben wird. Man sollte nicht zu viel Respekt haben vor diesem Sachleistungsprinzip, nur weil es der bayerische Innenminister und seine Sozialministerin ständig herumposaunen. Es verstößt gegen die Menschenwürde, wie der Augsburger Stadtrat in seiner Resolution einstimmig festgestellt hat. Es ist zerrüttet durch den jahrelangen Widerstand der bundesweiten Flüchtlingsbewegung und wird – was die Lebensmittelpakete angeht – nur noch in drei Bundesländern angewandt.⁸

Eine Großstadt wie Augsburg und ein Stadtrat mit zwei einmütig beschlossenen Resolutionen braucht sich von einem Beamtenstab, der sich in einem Palais hinter dem Augsburger Dom verschanzt und sich „Regierung von Schwaben“ nennt, nicht alles bieten und weismachen lassen. Vor allem nicht, wenn dieser Beamtenapparat an der kurzen Leine der bayerischen Staatsregierung liegt, die mit ihrer Asyl- und Flüchtlingspolitik „plan- und ziellos vor sich hin“ treibt, wie die Landtagsfraktion der Grünen feststellen muss.⁹ Die Grünen schreiben in einer Erklärung:

„Umsetzung des schwarz-gelben Flüchtlingskompromisses

Am 14.07.2010 wurde nach langen Debatten über eine Neuausrichtung der Asylpolitik in Bayern mit Stimmen der CSU und der FDP der sogenannte Asylkompromiss vom 05. Mai 2010 beschlossen. Dieser sieht u.a. die Möglichkeit vor, dass Familien bereits nach zwei Jahren in eine Privatwohnung ziehen können und die Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Duldung auf einmaligen Antrag bei der zuständigen Ausländerbehörde auf den Regierungsbezirk ausgedehnt wird. Bestandteil des Asylkompromisses sind auch die Leitlinien zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften. Doch die Umsetzung kommt nicht voran oder wird von den Behörden vor Ort schlicht konterkariert.

Private Wohnsitznahme von Familien nach zwei Jahren

Der Augsburger Verein Tür an Tür, bei dem auch die grüne Landtagsabgeordnete Christine Kamm aktiv ist, plant einen Neubau mit Wohnungen für Familien. Die Crux ist nur: Bislang gibt es für die Bezirksregierungen keine Ausführungsbestimmung zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom

14.07.2010. Die Familien können nicht ausziehen, ein Neubau kann aber nicht geplant werden, wenn nicht bekannt ist, nach welchen Kriterien und wann Familien ausziehen können. Und wie soll der Bau oder die Renovierung von anderen Gemeinschaftsunterkünften geplant werden, wenn gar nicht bekannt ist, wie viele Familien eigentlich sofort oder demnächst ausziehen dürfen?¹⁰

Es ist ein echter Skandal: nach monate- und jahrelangem Gewürge muss sich die CSU punktuell auf eine Änderung ihrer Asylpolitik einlassen. Der Landtagsbeschluss liegt seit Juli 2010 vor. Im Oktober muss Tür an Tür feststellen, dass es keine Ausführungsbestimmung zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses gibt. Es sieht fast nach einer Kollaboration zwischen den bayerischen Ministerien und den Bezirksregierungen aus, die Ausführung eines Landtagsbeschlusses zu hintertreiben. Diese Obstruktionspolitik trifft unseres Erachtens nicht nur den Verein Tür an Tür. Sie ist auch ein untragbarer Affront gegenüber der Stadt und den Flüchtlingen. Die neue Initiative/Arbeitskreis/Plattform oder wie immer, die sich im Januar in Augsburg bilden soll, wird das hoffentlich abstellen können.

Peter Feininger

Anhang

Resolution, auf der Stadtrats-sitzung einstimmig angenommen

16.12.2010

Der Augsburger Beirat für Integration, Migration und Aussiedlerfragen hat in seiner Vollversammlung vom 29. November 2010 mit großer Betroffenheit von der Situation der Asylbewerber und dem gegenwärtigen Hungerstreik der Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften Kenntnis genommen. Mitglieder des Beirats haben die Asylbewerber im Vorfeld vor Ort besucht und sich einen Eindruck von den Lebensverhältnissen gemacht.

Der Beirat bittet den Augsburger Stadtrat, sich erneut mit dem Sachverhalt zu beschäftigen. Die gegenwärtige Zuspitzung der Situation und die für Augsburg und Bayern negative Berichterstattung in den Medien wäre verhindert worden, wenn der Bayerische

Landtag sich die Anregungen des Augsburger Stadtrats aus der ersten Jahreshälfte 2010 zumindest in Teilen zu Eigen gemacht hätte. Insofern müssen immer wieder Anstöße zur Verbesserung gemacht werden, bis eine menschenwürdige Unterbringung aller Asylsuchenden in unserer Stadt sichergestellt ist. Der Beirat erkennt dabei nicht, dass die Wohnsituation in den unterschiedlichen Unterkünften sehr verschieden und nicht überall so unhinnehmbar ist, wie in der wohl problematischsten Unterkunft in der Calmbergstraße. Andere Lebensumstände – und hier besonders die Zuweisung von Lebensmittelpaketen – sind jedoch ein allgemeines Problem.

Der Beirat begrüßt dagegen die Lockerung der Residenzpflicht als einen Schritt in die richtige Richtung.

Der Beirat fordert Verbesserungen vor allem in den folgenden Punkten:

1. Unterbringungssituation (Gemeinschaftsunterkünfte) Die Wohnsituation der Gemeinschaftsunterkünfte Calmbergstraße und Neusässer Straße müssen mit hoher Priorität verbessert werden. Zumindest für die GU Calmbergstraße kann nur eine Schließung als Perspektive gesehen werden. In diesem Zusammenhang sollten auch die Dienststellen der Stadt Augsburg und die WBG einen Beitrag leisten, um der Regierung von Schwaben geeigneten Ersatz anzubieten.

Zur raschen Entspannung der Situation sollte kurzfristig eine Stelle geschaffen werden, die Wohnungen an diejenigen Asylbewerber vermittelt, die nicht in Gemeinschaftsunterkünften wohnen müssen. Hier sollte auch eine Beratung über die Fragen stattfinden, die im Zusammenhang mit Mietverträgen stehen. Der Beirat erhofft sich durch die Reduzierung der Fehlbelegung eine Entspannung des Lebens auf engstem Raum, das die oftmals traumatisierten Menschen zusätzlich zum Leben in einem krankmachenden Umfeld zwingt. Man darf zudem vermuten, dass eine Unterbringung außerhalb der Gus für den Steuerzahler oft die günstigere Variante darstellt.

2. Gewährung von Sachleistungen (Essens- und Hygienepakete) Das Asylbewerber-Leistungs-Gesetz (AsylbLG) gibt Sachleistungen den Vorrang vor Geldzahlungen. Der Beirat sieht in der sehr strikten Auslegung dieser Norm einen Verstoß gegen den Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes. Das darin beschrie-

bene Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum kann nicht eingeschränkt werden. Der Gesetzgeber hat die Ausgestaltung dieses Rechts konkretisiert. Dabei hat er aus Sicht des Beirats jedoch einseitig nur die finanzielle Ausstattung betrachtet. Das Existenzminimum ist allein durch Geld- oder Sachleistungen nicht herzustellen.

Zum Existenzminimum muss auch die Möglichkeit gerechnet werden, sich in einem Mindestumfang am allgemeinen Leben zu beteiligen und den individuellen Bedarfen Raum zu geben. Die Ausgabe von Essenspaketen beschränkt diese persönliche Entfaltung massiv, sie macht Asylbewerber auf Dauer unselbstständig, unmündig und entzieht ihnen wichtige Elemente der Selbstverantwortung. Sie ist schädlich für die soziale Integration zumindest der Asylsuchenden, die schon länger in Deutschland sind oder eine gute Aufenthaltsperspektive besitzen. In anderen Bundesländern wird der Ermessensspielraum zur Gewährung von Geldleistungen deutlich weiter zu Gunsten der Asylbewerber ausgenutzt. Dazu bedarf es in Bayern auch der Flexibilisierung der Landesrichtlinien, die den Bezirksregierungen sowohl hinsichtlich der Sachleistungen, als auch in der Frage der Unterbringung zu wenig Spielraum lassen.

Der Koalitionsvertrag der CDU, CSU und FDP auf Bundesebene sieht die Evaluation des Sachleistungsprinzips vor. Der Beirat schlägt vor, bis zum Abschluss dieses Prozesses die vorhandenen Spielräume für die Gewährung von Geldleistungen in möglichst großem Umfang zu nutzen. Ein sachgerechtes Ermessen muss die Chance auf soziale Teilhabe und Entfaltung der Person mit berücksichtigen und darf nicht bei der Befriedigung materieller Grundbedürfnisse stehenbleiben.

3. Anpassung der Leistungen nach dem AsylbLG Der Freistaat Bayern sollte bei der notwendigen Überprüfung der Leistungssätze nach dem AsylbLG auf eine sachgerechte Anpassung dringen. Die bisherigen Anpassungen haben vorrangig der Haushaltslage des Bundes und dem Grundgedanken Rechnung getragen, keine finanziellen Anreize für Asylbewerber zu schaffen. Auch wenn öffentliche Mittel zu Recht unter wirtschaftlichen und sparsamen Gesichtspunkten einzusetzen sind, so kann diese Argumentation nicht eine Bemessung der Leistungssätze ersetzen, die sich an nachvollziehbaren und lebensnahen Kri-

terien ausrichtet.

Quelle: Informationen des Integrationsbeauftragten, Newsletter 8.12.2010

1 Siehe unseren Artikel [6] „Resolution des Vorstands des Integrationsbeirates zur Situation der Asylbewerber – Empfehlung bzw. Beschlussvorlage für den Augsburger Stadtrat auf seiner Sitzung am 16. Dezember“, 14.12.2010

2 siehe den Artikel „Ein komplizierter Gang. Flüchtlingsheim. Der Stadtrat hat selbst keine Möglichkeit, den Standort in der Calmbergstraße aufzugeben. Zustände werden massiv beklagt“, AZ 18.12.2010, S. 46

3 mehr dazu in einem eigenen Artikel

4 s. hierzu den Abschnitt „Vom Zeltlager zur Privatwohnung“ in der Broschüre „15 Jahre (+) Flüchtlingsrat Leverkusen - Eine andere Welt ist möglich“ [7], erschienen 2005, gefördert mit kommunalen Mitteln

5 zitiert nach dem Artikel „Ein komplizierter Gang. Flüchtlingsheim. Der Stadtrat hat selbst keine Möglichkeit, den Standort in der Calmbergstraße aufzugeben. Zustände werden massiv beklagt“ AZ 18.12.2010, S. 46

6 siehe den Abschnitt „Das ‚Sachleistungsprinzip‘ hat politische Gründe“ in unserem Artikel „Protestbewegung in bayerischen Flüchtlingslagern, Teil I“ vom 6.4.2010 [8]

7 s. den Text zu Bild 36 des zweiten Teils unserer Bildergalerie zur Flüchtlingsdemonstration in Augsburg am 11. November [9]

8 „Nur in Bayern, Baden-Württemberg und im Saarland gibt es Essenspakete. In allen anderen Bundesländern gibt es Alternativen. Warum könnte man in Bayern nicht zumindest Modellversuche in die Wege leiten, um Alternativen zu prüfen, anstatt nur immer beim Alten zu bleiben?“ – So die Feststellung von Dr. Hans Jürgen Fahn von den Freien Wählern (!) im bayerischen Landtag am 14.7.2010 [10]

9 nach einer Erklärung der Landtagsfraktion der bayerischen Grünen „Flüchtlingspolitik ohne Konzept: Trotz des schwarz-gelben Minimalkonsenses bei der Asylunterbringung hat sich die Lage nicht verbessert – Die bayerische Asyl- und Flüchtlingspolitik treibt plan- und ziellos vor sich hin.“ vom 20. Oktober 2010 [11]

10 Erklärung der Landtagsfraktion der bayerischen Grünen, ebd.

Externe Links

[1] http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/101228_%20resolution-neu/spd-brief-an-gribl.pdf

[2] http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/101228_%20resolution-neu/spd-brief-an-scheufele.pdf

[3] http://dfxnet.de/01_augsburg/presse.html

[4] http://dfxnet.de/01_augsburg/fraktion.html

[5] http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2010/06/22_lager-resolution-sozialausschuss.pdf

[6] http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Fluechtlinge/101214_resolutionen-integrationsbeirat/artikel.pdf

[7] http://www.fluechtlingsrat-leverkusen.de/pdfs/FR_Lev_6_06-1.pdf

[8]

http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Fluechtlinge/100406_essenspakete_1/protestbewegung_in_bayerischen_fluechtlingslagern_teil_1_essenspakete-boykott_in_augsburg_fuer_die_abschaffung_des_lagerzwangs.pdf

[9] http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Migration/101122_galerie-fluechtlingsdemo/teil2/index.html

[10] <http://www.bayern.landtag.de/cps/rde/papp/SID-0A033D45-8ADA0DAC/Vorgangsmappe/www/servlet/Vorgangsmappe?wp=16&typ=V&drsnr=4774&intranet=>

[11] http://www.gruene-fraktion-bayern.de/cms/default/dok/358/358185.fluechtlingspolitik_ohne_konzept.html